

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz, und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Besorgerungsanstalten, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundsätze in *Apf.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 *Apf.*, in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 *Apf.*; amtlich 1 mm
30 *Apf.* und 24 *Apf.*; Reklame 25 *Apf.*. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnisdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265

Donnerstag, den 13. November 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Freitag, den 14. November 1930, vorm. 11 Uhr soll in Lichtenberg, Sammelort
der Bieter: Mittelgäßhof

1 Fräsmaschine

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 13. Nov. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Fortsetzung der Preisfunktionsaktion

Die Reichsregierung verhandelt weiter — Einsetzung eines Preisfunktionsausschusses
100 Tote in Lyon

Das Reichskabinett führte die Verhandlungen über den Preisabbau am Mittwoch fort, und zwar wurde im Reichsernährungsministerium mit Vertretern des Obst- und Gemüsehandels verhandelt. Auch die Besprechungen mit den Vertretern des Kartoffelhandels wurden fortgesetzt. Die Regierung erklärt, daß sie unter allen Umständen zunächst an dem System festhalten wolle, sich mit den Spitzenverbänden in Verbindung zu setzen. Die Regierung müsse dabei darauf rechnen, daß das Ergebnis solcher Verhandlungen auf Treu und Glauben durchgeführt werde.

Das Kabinett hat einen Ausschuss unter Vorsitz des Reichszanklers eingesetzt, dem der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister, der stellvertretende Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der preussische Handelsminister angehören.

Dieser Ausschuss des Kabinetts wird über die Fortführung der Maßnahmen gegen die Kartelle beraten. Außerdem soll der Versuch gemacht werden, durch Kollektivversorgung von Lebensmitteln für große Organisationen in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Preisherabsetzung für die wichtigsten Lebensmittel zu erreichen.

Die Reichsregierung ist ferner zu der Auffassung gekommen, daß auch die Herabsetzung der städtischen Tarife notwendig ist. Die Reichsregierung erwägt weiter Maßnahmen öffentlicher Plakatierung, durch die billige Verkaufsstellen bekanntgegeben werden sollen. Es soll auch der Rundfunk für diese Zwecke benutzt werden. Es begehren aber der Reichsregierung neue Schwierigkeiten, und zwar hat der Magistrat Berlin erklärt, daß er zur Zeit auf eine Plakatierung oder eine Verteilung von Merkzetteln an die Bevölkerung mit einem Hinweis auf billige Lebensmittel verzichten müsse.

Preisfunktung von den Verbänden versprochen.

Bei der Besprechung über die Preisbildung für Obst und Gemüse im Reichsernährungsministerium, an der auch Vertreterinnen der Hausfrauen teilnahmen, erklärten die Verbände des Handels, der Waren- und Kaufhäuser und der Konsumgenossenschaften ihre Bereitwilligkeit, an der Preisfunktung für Obst und Gemüse mitzuwirken, damit auch auf ihre Unterverbände und Mitglieder einwirken, damit vor allem die Handelspreise beträchtlich gesenkt werde. Von den Verbänden wurde erklärt, daß sie ihrerseits seit etwa 14 Tagen schon eine Senktionsaktion freiwillig eingeleitet hätten.

Auch Senkung der Kartoffelpreise.

Der Kartoffelkleinhandel will nach den im Reichsernährungsministerium gepflogenen Verhandlungen in Berlin im allgemeinen für Speisekartoffeln bei Abgabe von 10 Pfund folgende Preise berechnen: für weiße Kartoffeln 23 Pfennig, für rote und blaue Kartoffeln 25 Pfennig, für gelbe Kartoffeln 30 Pfennig. Die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser haben ihre Preise für Kartoffeln ebenfalls ermäßigt. Die Preise sollen als Tagespreise gelten und von den Erzeugerpreisen und der Entwicklung der klimatischen Verhältnisse abhängig sein.

Gehaltskürzung der Beamten vom Reichsrat beschlossen.

Die Vereinigten Reichsratsausschüsse traten unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich in die zweite Beratung der Deckungsvorlagen ein. Der Sitzung wohnte auch der bayerische Ministerpräsident Held bei sowie verschiedene andere Minister süddeutscher Länder. Die Vorlage auf Kürzung der Beamtengehälter wurde in zweiter Beratung angenommen, ohne daß Anträge auf Vorverlegung des Gehaltskürzungstermins gestellt worden wären. Eine Aenderung wurde nur

hinsichtlich der Behördenangestellten beschlossen. Die Ausschüsse wandten sich dann den weiteren Deckungsvorlagen zu.

Die Wohlfahrtserwerbslosennot der Städte.

In einem Monat um 8,5 v. H. gestiegen. Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern) eine halbe Million überschritten. Am 31. Oktober wurden von diesen Städten 519 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend betreut, davon 55 400 als Fürsorgearbeiter. Mit dem Stand vom 30. September verglichen (478 000), bedeutet dies eine größere Belastung der öffentlichen Fürsorge in diesen Städten um 8,5 v. H. Darüber hinaus erhielten am 31. Oktober 55 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend gemeindliche Zusatzunterstützung.

Die Notverordnung vor dem Haushaltsausschuss.

Im Reichstag trat der Haushaltsausschuss zusammen, behandelte aber einleitend nicht die Fragen der Notverordnung, sondern beschäftigte sich mit der Hochwasser- und mit den Grubenkatastrophen. Im Reichstag war am 18. Oktober einstimmig der deutschnationale Antrag auf Vorlegung des Rentnerversorgungsgesetzes angenommen worden. Auch diese Frage wurde im Ausschuss behandelt.

Endlich folgten einige Verhandlungen über die Notverordnung. Nach den sozialdemokratischen Vorschlägen sollen über die einzelnen Teile der Notverordnung Berichterstatter dem Ausschuss berichten. Die Deutschnationalen und mit ihnen die Nationalsozialisten und die Kommunisten verlangten die En-bloc-Ablehnung der Notverordnung. Teile der Notverordnung wollen Wirtschaftspartei und das Landvolk beseitigen.

Der Haushaltsausschuss hat beschlossen, die Sitzungen am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche ausfallen zu lassen.

Kapitalflucht aus mangelndem Vertrauen.

Die Wertfunktung des Goldes die größere Gefahr. Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel hielt auf der Deutschen Welle einen Vortrag über „Kapitalflucht und Weltwirtschaftskrise“. Er führte u. a. aus: Es seien in der deutschen Öffentlichkeit ganz phantastische Schätzungen über den Umfang der deutschen Kapitalflucht verbreitet worden, die das Vertrauen zur Solidität der deutschen Wirtschaft bedenklich erschüttern müssen.

Die Kapitalflucht könne man durch Zwangsmaßnahmen nicht eindämmen.

Das Schlimmste, was man tun könne, sei ein Verbot der Kapitalflucht, da in diesem Falle der Ansehensverlust würde, als ob eine Kapitalinvestition in Deutschland etwas sehr Ungünstiges sei. Die wichtigste Voraussetzung für eine Behebung der Kapitalflucht sei die Wiederherstellung des Vertrauens.

Cassel kam dann auf die außerordentliche Wertfunktung des Goldes zu sprechen, durch die die Reallast der deutschen Auslandsverschuldung eine Erhöhung um mehrere Milliarden erfahren habe. Dieser Kapitalverlust sei weit ernster zu werten als die Kapitalflucht. Logischerweise müsse die Wertfunktung des Goldes zu einer entsprechenden Herabsetzung der Reparationslasten führen.

die offenbar eine nachteilige Einwirkung auf die Goldwirtschaft der Welt haben. Zum Schluß wies Cassel darauf hin, daß es Deutschland teilweise selbst in der Hand habe, das allgemeine Vertrauen wiederherzustellen.

Das Wichtigste

Der partitische Ausschuss der belgischen Eisenindustrie hat eine Lohnsenkung um 2,5 v. H. ab 1. Dezember und um weitere 2,5 v. H. ab 1. Januar beschlossen.

Am Mittwoch gegen 6 Uhr wurde bei Stöbe (Südwestschweben) ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt, das 25 Sekunden lang anhielt. Auf einem Gutshof in Säter fielen die Säulen von den Wänden. Auch in weiterer Entfernung zitterten noch die Fensterscheiben.

Aus Anlaß der Eröffnung der englisch-indischen Konferenz veranstalteten die Anhänger Gandhi in Indien einen Trauertag. Alle Geschäfte und Märkte der Hindus waren in Karatschi geschlossen.

Deutliches und Sächsisches

Der „Ueberbrückungskredit“

Die Verfeinerung der Sitten hat aber nun bald ihren Gipfelpunkt erreicht. Nicht, daß wir alles Schlechte, Hässliche und Unangenehme aus der Welt geschafft hätten, nein, davon kann nicht die Rede sein, aber wir finden dafür nette, freundlich klingende Worte, wie man eine widerwärtige Arznei in eine süße Pflanz tut. Etwas Ähnliches hatten wir ja schon früher; wenn sich einer schwer betrunken hatte, dann sagten wir höflich: „Er hat des Guten zuviel getan“, aber so höflich handeln nur wenige und das selten, die meisten bevorzugen Ausdrücke, die den Tatbestand ganz unmißverständlich wiedergeben.

Nun aber jetzt. Es ist bekannt, daß wir in unserem lieben Deutschland, und dieses selbst am meisten, auf Pump leben. Solcher Existenzen hat es immer gegeben, aber dann sprach man von Schuldenmachern, und ihre „finanziellen Transaktionen“ (so würde man sich heute ausdrücken) wurden Pumptverfälschungen genannt. Wir borgen uns also durchs Leben und können nicht einmal sagen: „Wir leben von der Hand in den Mund“ — das würde nicht genügen, wir müßten sagen: „Wir leben von der milden Hand in den Mund.“ Bei solchen Leuten tritt oft die fatale Lage ein, daß am 20. des Monats das lehtgepumpte Geld zu Ende ist und erst am 30. eine Einnahme, meistens eine neue Anleihe, zu erwarten ist. Da der Unglücksmanisch nicht bis dahin hungern kann, so muß er sehen, daß ihm irgend jemand inzwischen eine Kleinigkeit borgt. Früher hätte man ein solches Verhalten recht unfreundlich charakterisiert und von dem größeren Loch gesprochen, das einer aufreißt, um ein kleineres zuzustopfen. Zum Beispiel, wenn jetzt das große Berlin ganz schnell für eine kleine Spanne Zeit 50 oder 60 Millionen leihen will.

Heute sind wir feiner. Wir sprechen nicht von Pump, sondern von Kredit, nicht davon, daß er uns im Moment über Wasser halten, sondern davon, daß er zur „Ueberbrückung“ dienen soll. Daß dieser „Ueberbrückungskredit“ „kurzfristig“ ist, versteht sich von selbst, in unserer Zeit sind die Ehen und die Anleihen kurzfristig. Pumpen, um Knapp zu reichen, bis man wieder einen Pump lancieren kann, ist natürlich ruppig, einen „Ueberbrückungskredit“ in Anspruch zu nehmen, aber durchaus honorig.

Man sollte es eigentlich mal probieren. Dr. M. P.

Pulsnitz. Bezirkssturntag. Der Bezirk „Am Schwenstein“ im Reizner-Hochland-Gau DT. hielt am vergangenen Sonntag in Pulsnitz seinen diesjährigen Sturntag ab. Bezirksvertreter Ziegenbalg eröffnete mit begrüßenden Worten an die Anwesenden die Tagung mit einem Vortrage über: „Die Deutsche Turnerschaft im Dienste des Deutschen Volkstums“, welcher von den Zuhörern beifällig aufgenommen wurde. Sodann gab er einen eingehenden Bericht über den Verlauf des am 27. und 28. 9. 1930 in Annaberg stattgefundenen Kreistages. Die Anwesenden erhielten durch diesen Bericht ein genaues Stimmungsbild über den dort durchgearbeiteten Arbeitsstoff, so daß nur eine Aussprache über die Anträge betr. Senkung der Kreissteuer um 5 Pfg. und der DT.-Steuer um 10 Pfg. erfolgte. Die Anträge haben den Erfolg gezeitigt, daß die DT.-Steuer um 5 Pfg. und die Kreissteuer um 2 Pfg. ermäßigt worden sind. Der Vorschlag des Gauers, die herabgesetzten Steuern in Höhe von 7 Pfg.

